

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39  
Telex: 6 88 848 ppbn d  
Telefax: 21 08 84

## Inhalt

Günter Verheugen MdB zu den Verstrickungen der CSU in die U-Boot-Affäre: Der Ludergeruch der Korruption.

Seite 1

Reinhold Hiller MdB zu jüngsten Äußerungen von Vertriebenenpolitikern: Eine Gefahr für das friedliche Zusammenleben der Menschen in Europa.

Seite 3

Dokumentation:

Sozialdemokratische Bildungspolitiker aus der BRD und der DDR haben Ende März in Hannover eine Erklärung zu den Konturen einer gesamtdeutschen Bildungspolitik erarbeitet. Ihre Erklärung im Wortlaut (Teil II und Schluß)

Seite 5

45. Jahrgang / 88

6. April 1990

Der Ludergeruch der Korruption

Zu den Verstrickungen der CSU in die U-Boot-Affäre

Von Günter Verheugen MdB

Mitglied des Landesvorstandes der bayerischen SPD

Die jahrelangen Vertuschungsversuche der Bonner Koalition haben nicht verhindern können, daß jetzt beinahe täglich neue Einzelheiten des als U-Boot-Affäre zu trauriger Berühmtheit gelangten Skandals um die illegale Lieferung von U-Boot-Plänen - und wahrscheinlich auch U-Boot-Teilen - nach Südafrika bekannt werden. Die endlich in Gang gekommenen Ermittlungen der Kieler Staatsanwaltschaft haben Erstaunliches zutage gefördert - und die Spur weist neben Bonn nach München. Im Zentrum der politischen Affäre steht wieder einmal die CSU.

Der Ablauf stellt sich heute so dar, daß einer der politischen Hintermänner des Geschäfts, der sich selber wohl für den eigentlichen Einfädler hält, Franz-Josef Strauß war. Strauß, der sich selber für den einzigen wirklichen Südafrika-Experten hielt, hatte jahrzehntelange enge Kontakte mit dem Apartheid-Regime. Er war - als Geopolitiker alter Schule - geradezu besessen von der Vorstellung, Südafrika könne mit seinen Rohstoffen in die Hände einer schwarzen (für Strauß einer kommunistischen) Regierung fallen. Darum stützte er das weiße Regime und darum war die Frage der Sicherung der Schifffahrtswege um das Kap der Guten Hoffnung eines seiner Lieblingsthemen. Strauß hat sich intensiv bei seinem Männerfreund Kohl für die Erfüllung des südafrikanischen Wunsches nach deutschen U-Booten eingesetzt. Guter Detailkenner, der Strauß war, wußte er natürlich, daß dieser Wunsch nach der deutschen Rechtslage unerfüllbar war. Politisch ging es also darum, die strategische Bedeutung des U-Boot-Geschäftes als vorrangig gegenüber dem von Strauß ohnehin für idiotisch gehaltenen Rüstungsembargo der Vereinten Nationen anzuerkennen.

Für die notwendige Kleinarbeit dieses Unternehmens wurde Siegfried Zoglmann ins Spiel gebracht. Zoglmann hat dazu ideale Voraussetzungen: er war bis zu seinem Wechsel von der FDP zur CSU im Jahre 1970 ein wichtiger Geldbeschaffer der FDP gewesen und hatte daher ausreichend gemeinsame Erinnerungen mit

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mit zuzügl. Mwst und Versand.

Verantwortlicher Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier



den früheren Schatzmeistern der NRW-FDP, Walter Scheel und Graf Lambsdorff sowie mit den früheren FDP-Bundesgeschäftsführern Hans-Dietrich Genscher und Hans Friderichs, also mit späteren Wirtschafts- beziehungsweise Außenministern. (Nur Bangemann kannte er von früher nicht, und daher lief er bei Bangemann im Jahre 1985 dann auch auf). Zoglmann war nach (oder schon vor?) 1970 zum Strauß-Spezi avanciert und bis 1976 für die CSU im Bundestag. Seine Geschäfte in der Grauzone zwischen Politik und Wirtschaft dürften sich nach 1976 nicht wesentlich geändert haben: jetzt war er der Wirtschaft - namentlich der Rüstungsindustrie - als Lobbyist behilflich und genoß den Ruf, an Parteispenden heranzukommen. Vorher war es umgekehrt: er akquirierte Spenden und war dafür mit seinen politischen Beziehungen behilflich. Zoglmann betrieb die Lobby für das U-Boot-Geschäft in Bonn.

Wie er das machte, ist durch Aktenfunde jetzt am Beispiel des CSU-Aufpassers im Finanzministerium, Friedrich Voss, herausgekommen. Der Parlamentarische Staatssekretär Voss, ein früherer Büroleiter von Strauß, wurde von Zoglmann ganz direkt angegangen: er sollte dafür sorgen, daß die ungenehmigten und nicht genehmigungsfähigen Lieferungen nach Südafrika von dem für den Vollzug des Außenwirtschaftsgesetzes zuständigen Bundesamt für Wirtschaft nicht aufgehalten werden konnten. Was Voss getan hat, wird er noch beantworten müssen. Bekannt ist aber, was tatsächlich geschah: die Oberfinanzdirektion Kiel, die dem Bundesfinanzministerium untersteht, und in der U-Boot-Affäre bereits ermittelt, erhielt die Weisung, das Bundesamt für Wirtschaft in Eschborn nicht einzuschalten.

Unklar ist bis heute die Rolle des damaligen Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Theo Waigel. Aus einem Vorstandsprotokoll der Kieler U-Boot-Werft HDW geht hervor, daß „Wai.“ (Waigel) eingeschaltet werden sollte - ob es wirklich geschehen ist und warum, konnte ihn der Bonner Untersuchungsausschuß wegen der Obstruktionspolitik der Koalition bisher nicht fragen. Waigel wird aber die Frage noch beantworten müssen, warum die CSU sich für das erkennbar illegale Geschäft so ins Zeug gelegt hat. Es gibt zwei mögliche Erklärungen, die auch beide gleichzeitig zutreffend sein können. Die erste Erklärung lautet: Die CSU spurte, weil Strauß es so wollte. Die Südafrika-Passion des Chefs war bekannt, für den Rest sorgte der in der CSU blühende Byzantinismus. Die andere mögliche Erklärung lautet: es ging um Geld, um viel Geld sogar.

In der nicht realisierten, umfangreichsten Version des Geschäfts mit einem Volumen von 1,7 Milliarden DM waren für die Lobbyisten Albrecht in Südafrika und Zoglmann in München beziehungsweise Bonn Provisionszahlungen in Höhe von mehr als 130 Millionen DM vorgesehen. Bei der tatsächlich in Angriff genommenen Version ging es noch um ein Geschäftsvolumen von 475 Millionen DM, wovon Zoglmann 3,5 Prozent und Albrecht 4,35 Prozent Provision erhalten sollte, insgesamt also gut 36 Millionen DM. Bekannt ist eine Teilprovisionszahlung an Albrecht von über zwei Millionen DM, die ausdrücklich zur Weiterleitung bestimmt war - an wen, weiß man nicht. Jedenfalls dieser Betrag kann nur als Schmiergeld verwendet worden sein. Die Frage bleibt, warum überhaupt ein südafrikanischer Vermittler Provisionen bekommen mußte, obwohl die Initiative für das Geschäft von Südafrika ausgegangen war. Und die Frage bleibt, was mit den bisher nicht identifizierten Provisionszahlungen geschehen ist.

Über der ganzen Affäre liegt der Ludergeruch der Korruption. Das in der U-Boot-Affäre sichtbare CSU-Netzwerk war ein System der politischen Korrumpierung im Sinne unzulässiger Beeinflussung von Behörden und rechtlicher Manipulation. Soviel steht fest. An wen wieviel für was gezahlt worden ist, steht dagegen noch nicht fest. Vielleicht, weil Geld doch nicht so stinkt?

(-/6.4.1990/va-he/rs)

\* \* \*

Eine Gefahr für das friedliche Zusammenleben der Menschen in Europa

Zu jüngsten Äußerungen von Vertriebenenpolitikern

Von Reinhold Hiller MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Die „chronique scandaleuse“ bundesdeutscher Vertriebenenverbände ist schon wieder länger geworden.

In den „Schlesischen Nachrichten“ erging sich der Vorsitzende der Landsmannschaft „Schlesien - Nieder- und Oberschlesien“, Herbert Hupka, neuerlich in Hurra-Patriotismus. Seit dem Skandal um das Schlesier-Motto „Schlesien bleibt unser“ hat sich nichts geändert. Sie schreiben „Einigkeit und Recht und Freiheit“, aber meinen „Deutschland, Deutschland über Alles“ und träumen den Alptraum von Deutschland in den Grenzen von 1937.

Hupka und andere Berufsvertriebene des BdV sprechen immer noch von der „Linie an der Oder und Görlitzer Neiße“.

Hupka stellt die Frage:

„Warum soll eigentlich für die Überwindung des einen Unrechts, der gewaltsam aufrecht erhaltenen Teilung, durch den Willen des deutschen Volks mit der Anerkennung des anderen Unrechts - Vertreibung, nationalistische Expansion, Annexion, stalinistischen Imperialismus - bezahlt werden?“

Dagegen muß man fragen: Warum gibt es immer noch Menschen in diesem Staat, die das polnische Volk mit deutscher nationalistischer Expansion, Annexion und Rechtsimperialismus bedrohen und dies nachdem das polnische Volk in seiner Geschichte immer wieder so sehr unter deutschem Imperialismus leiden mußte?

Nach außen präsentieren sich die Vertriebenenfunktionäre im Gewand der Europäer, der gewaltfreien, mit ihrer Charta winkenden Kämpfer für ein friedliches Miteinander der Völker. Darunter tragen sie das Hemd des Revanchismus, der von Grenzdiktat gegenüber einem „Deutschland in den Grenzen der Weimarer Republik nach Versailles“ (!) spricht, von ihrem „Recht“ auf sogenannte deutsche Ostgebiete.

Was wollen diese Berufsvertriebenen wirklich?

Den Polen fast die Hälfte ihres Landes entreißen? Soll Schlesien, Pommern, Ostpreußen - und was immer noch (?) - Teil eines neuen „Großdeutschen Reiches“ werden? Sollen die dort lebenden Menschen germanisiert - Deutsche Staatsangehörige - oder gar vertrieben werden?

Herr Czaja fordert die „Volksabstimmung“ der Erben. Der Generalsekretär des BdV, Hartmut Koschik, rechnet schon für seine Organisation Milliardenbeträge als Entschädigung für die verlorenen „Ostgebiete“ aus.

Ein lächerliches Gruselkabinett, wenn es nicht so ernst wäre.

Die Europäer haben schon genug und, wie man sieht, durchaus auch berechnete Ängste bezüglich einer Vereinigung beider deutscher Staaten und einem neuen deutschen Expansionismus.

Jeder, der die Grenze von 1937 beschwört, zerstört die Grundlagen der Entspannungspolitik in Europa. Selbst die damalige Opposition ist wegen des Warschauer Vertrages nicht zum Bundesverfassungsgericht gegangen. Daß wir keine Ansprüche auf diese Gebiete haben und auch künftig

nicht erheben werden, hat die Bundesregierung, den heutigen Kanzler eingeschlossen, bestätigt. Auch wenn er bisher gegenüber seiner Vertriebenenklintel nicht den Mut fand, eine klare Sprache zu sprechen.

Wer immer hier den Eindruck erweckt, daß „Deutschlandpolitik“ über eine Politik für die Bürger in beiden deutschen Staaten hinaus noch die Änderung der Westgrenze Polens zum Ziel hat, der schädigt deutsche Interessen und gefährdet den Weltfrieden. Unter solchen Voraussetzungen würde jeder Schritt der „Deutschlandpolitik“ unseren Nachbarn als Teil einer Entwicklung erscheinen, die den Bestand aller Grenzen in Europa gefährdet.

Und schließlich gibt es in der BRD Personen, die in aller Öffentlichkeit im „Schlesier“ Sandkastenspiele betreiben, in denen bundesdeutsche Panzer gegen Moskau ziehen. Da dies aus dem gleichen, rechten Kreis kam, aus dem auch die vehementesten Einkläger des „Selbstbestimmungsrechtes der Deutschen“ kommen - mit Parolen wie „Schlesien bleibt unser“ oder „die Gebiete jenseits der Oder-Neiße sind nicht abgeschrieben“ - wundert es wenig, daß man bei den ost- und südosteuropäischen Staaten den immer wieder beigemischten Beteuerungen nach Gewaltverzicht und friedlichen Absichten nicht glaubt.

Insbesondere, wenn man bedenkt, daß die Vertriebenenorganisationen immer noch mit dreistelligen Millionenbeträgen aus Steuermitteln, mit steigender Tendenz, gefördert werden. Seit der „Wende“ stieg allein die Ostdeutsche Kulturförderung um 368,55 Prozent. Revanchismus darf nicht auch noch staatlich finanziert werden.

Die Aussöhnung mit Polen, die Beteuerung der Friedfertigkeit auf der einen Seite und die Forderung nach einem Deutschland in den Grenzen von 1937 schließen sich gegenseitig aus.

Sicherlich, die Berufung der BdV-Funktionäre auf Alliierte Rechtsvorbehalte und sonstige Rechtspositionen mag juristisch in mancher Hinsicht Sinn machen, was sie politisch zu leisten vermag und leisten darf, steht auf einem ganz anderen Blatt.

Golo Mann stellte richtig fest: „Die Weltgeschichte wird nicht vor dem Amtsgericht entschieden.“

Es gibt noch zu viele in unserem Land, die die politische Bindungswirkung der geschlossenen Verträge nicht wahr haben wollen.

Die Bundesrepublik hat darin erklärt, keine territorialen Ansprüche gegen irgend jemanden zu haben. Auch der aus der Vereinigung aus der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik entstandene Staat müßte die Westgrenze Polens anerkennen. Beide haben nämlich für sich verbindlich erklärt, daß sie keine Gebietsansprüche gegen Polen haben - die Bundesrepublik im Warschauer Vertrag und die DDR im Görlitzer Abkommen.

Was sollte eine Vereinigung dazu ändern?

Fazit: der Vorbehalt der Grenzziehung bei einem Friedensvertrag bedeutet heute nichts anderes mehr, als daß die Endgültigkeit unter anderem der Westgrenze Polens dann erneut bestätigt werden würde.

(-/B.4.1990/va-he/rs)

\* \* \*

## DOKUMENTATION

## Bildungspolitische Erklärung aus Hannover

(Teil II und Schluß)

Die bildungspolitischen Sprecher und Sprecherinnen der SPD der Landtage und des Bundestages und des Europäischen Parlaments, die Bildungskommission beim Parteivorstand der SPD der Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich sowie die Bildungskommission der SPD der DDR haben sich am 29. und 30. März 1990 in Hannover getroffen und eine Erklärung erarbeitet, die wir in zwei Teilen dokumentieren.

## 4. Zur Weiterentwicklung des Schulsystems in der DDR und der Bundesrepublik

- A) Die SPD-Bildungspolitiker stellen fest, daß die polytechnische Oberschule (POS) als Einheitschule mit ihren zentralistischen, methodischen und inhaltlichen Zwängen gescheitert ist. Dies bedeutet aber nicht, daß das Prinzip des gemeinsamen Lernens für alle gescheitert ist. Denn das Recht der Kinder auf Ausprägung ihrer Individualität und das Erfordernis der sozialen Erziehung lassen sich bei entsprechender innerer und äußerer Differenzierung durch die Gesamtschule garantieren. Die Möglichkeit der Abiturstufe ab Klasse 9 oder besondere inhaltliche Profilierungen der Schulen stehen dem nicht im Wege. Die SPD beider deutscher Staaten sieht in der Einführung des sogenannten dreigliedrigen Schulsystems keine Lösung der pädagogischen Probleme in der DDR. Dies brächte unübersehbare organisatorische, die Schulstandorte betreffende, und pädagogische Probleme mit sich. Die Lernschwächeren sowie Kinder sozialer Randgruppen und Behinderte wären die Leidtragenden.
- B) Die SPD-Bildungspolitiker halten es für einen pädagogischen Fortschritt, gerade die Lernschwächeren und Lernschwierigen mindestens zehn Jahre lang in allgemeinbildenden Schulen differenziert zu fördern. Der europäische Markt erfordert überdies für die Menschen erhöhte Qualifikationen. Die teilweise massenhafte Abmeldung von Schülerinnen und Schülern nach der Klasse 8 in der DDR in diesen Wochen führt im Prozeß der europäischen Einigung und der Arbeitsmarktprobleme zu absehbarer Jugendarbeitslosigkeit. Die SPD der DDR sieht in diesem Problem noch nicht ausdiskutierte pädagogische Fragen.
- C) Die SPD-Bildungspolitiker treten ein für die konsequente Durchsetzung demokratischer Prinzipien in allen Bildungseinrichtungen. Dies bedeutet mehr Mitbestimmungsrechte der Pädagogen, Eltern und Schülerinnen und Schüler. Die größere Autonomie der Schulen erfordert eine Einschränkung der behördlichen Schulaufsicht.
- D) Die SPD-Bildungspolitiker treten für eine Berufsausbildung in öffentlicher Verantwortung ein, die unter Mitwirkung der Sozialparteien an unterschiedlichen Lernorten (Betrieb, Berufsschule, überbetriebliche Ausbildung) stattfindet. Die Ausbildungsplätze in den Betrieben und Betriebsberufsschulen der DDR müssen auf jeden Fall - soweit erforderlich auch durch Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt - erhalten bleiben. Die Qualität der Berufsausbildung sollte durch ein Austauschprogramm für Ausbilder und Berufsschullehrer in beiden Richtungen verbessert werden.

Wir wollen die Volkshochschulen und andere Träger der Weiterbildung unterstützen, mit den entsprechenden Einrichtungen der DDR (zum Beispiel VHS, Betriebsakademien) ein flächendeckendes Netz an Weiterbildungsmöglichkeiten anzubieten.

## 5. Soziale Fragen des Bildungssystems

Soziale Fragen und Realitäten des DDR-Bildungssystems bedürfen finanzieller Absicherungen. Die Garantie eines Kinderkrippen- oder Kindergartenplatzes, der schulischen Nachmittagsbetreuung (Schulhorte), der Schulspeisung sowie der Lernmittelfreiheit sind in der Bundesrepublik teilweise gar nicht, teilweise unvollständig vorhanden. Dies muß in der DDR gesichert und für die Bundesrepublik Deutschland stufenweise eingeführt werden. Die Ausbildungsförderungssysteme (Stipendien) müssen in beiden deutschen Staaten angeglichen werden.

#### 6. Zu Fragen der sozialen Absicherung der Lehrkräfte

---

Unter den Lehrkräften der DDR besteht große Beunruhigung darüber, ob sie im Prozeß der Vereinigung Deutschlands und angesichts zehntausender arbeitsloser Lehrerinnen und Lehrer in der Bundesrepublik ihre Arbeitsplätze und die Anerkennung als Lehrkräfte verlieren. Dies soll nicht geschehen. Die SPD tritt für die Arbeitsplatzsicherheit der Lehrerinnen und Lehrer auch an den Unterstufen ein.

Die Ausbildung der GrundschullehrerInnen und -lehrer soll aber an wissenschaftlichen Hochschulen stattfinden. Die einphasige Lehrerausbildung muß erhalten und gesichert bleiben.

Die notwendige Fort- und Weiterbildung muß gesichert und bereitgestellt werden. Die Länder der BRD können mit finanzieller Unterstützung des Bundes dabei helfen, indem sie den Dozentenaustausch fördern, gemeinsame Lehrerfortbildungsseminare organisieren, Hospitationsbesuche erleichtern, schulinterne Lehrerfortbildung durch Entsendung von Referenten ermöglichen, Fachleute (zum Beispiel Fremdsprachen, politische Bildung, Geschichte, Erziehungswissenschaften) für Kursberatungen zur Verfügung stellen, Fernstudienlehrgänge für DDR-Lehrkräfte erweitern und so weiter. Langfristig reicht es nicht aus, in besonders ideologiebelasteten Flächen wie politischer Bildung, Geschichte, Deutsch und teilweise Naturwissenschaften nur die Lehrpläne zu verändern. Die Lehrkräfte müssen hier sehr viel eigene geistige Kraft investieren, was wiederum auch in der Bundesrepublik Deutschland positive Rückwirkungen hätte.

7. Die SPD-Bildungspolitik der DDR und der Bundesrepublik schlagen angesichts der vielen praktischen und grundsätzlichen Probleme der Weiterentwicklung der Bildungssysteme in Deutschland die Errichtung eines gesamtdeutschen Bildungsrates vor, der sich aus Experten der Zentralregierungen, der Länder und ihrer Parlamente sowie der Wissenschaft zusammensetzen soll.

(-/6.4.1990/va-ha/rs)

\* \* \*